



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Bernhard Pohl, Joachim Hanisch, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Günther Felbinger, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Helfergleichstellung konsequent umsetzen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, ihren Gesetzentwurf zur Änderung des Katastrophenschutzgesetzes zurückzunehmen und einen neuen Gesetzentwurf vorzulegen, der eine vollständige Gleichstellung aller Rettungshelfer beinhaltet.

Begründung:

Nach jahrelangem Kampf ist es den FREIEN WÄHLERN gemeinsam mit der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN am 9. Juni 2016 gelungen, im Landtag einen einstimmigen Beschluss herbeizuführen, in dem die Staatsregierung aufgefordert wird, einen Zeitplan für die gesetzliche Verankerung der Helfergleichstellung vorzulegen (Dringlichkeitsantrag SPD-Fraktion, Drs. 17/10772). Dies nahm die Staatsregierung zum Anlass, am 14. Juni 2016 einen Gesetzentwurf zur Änderung des Katastrophenschutzgesetzes auf den Weg zu bringen. Dieser wurde am 25. Oktober 2016 vom Kabinett beschlossen. Der Entwurf enthält allerdings zahlreiche Defizite. Insbesondere werden die Ausbildungszeiten der Helfer nicht erfasst. Auch werden Ansprüche auf Freistellung und Entgeltfortzahlung nur bei Vorliegen von konkreten Gefahrenlagen gewährt. Somit kann bei dem Gesetzentwurf der Staatsregierung nicht von einer echten Gleichstellung der Rettungshelfer mit den Feuerwehren gesprochen werden. Der Gesetzentwurf ist daher nachzubessern.